

PRESSEMITTEILUNG

Krisenvorsorge ja. Staatlich verwalteter Strommangel nein.

IZW warnt: Die Sicherheitsplattform Strom (SiPlaS) und die Forderung nach gesetzlich verankerten Kontingenten für Netzanschlüsse zeigen, dass aus Vorsorge für außergewöhnliche Krisen zunehmend staatliche Bewirtschaftung einer absehbaren Energieknappheit wird.

Memmingen, 07.08.2026. Eine belastbare Krisenvorsorge hätte Deutschland längst gebraucht. Doch notwendige Vorsorge darf nicht zum Beruhigungsteppich über einer jahrelangen energiepolitischen Fehlentwicklung werden, die zu einem selbst geschaffenen Versorgungsproblem führt.

Die Sicherheitsplattform Strom (SiPlaS) ist ausdrücklich auch für länger anhaltende, persistente Strommangellagen vorgesehen. In diesem Fall kann die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler verpflichtende Lastreduzierungen anordnen. Diese können mehrere Tage bis Wochen dauern. Die Plattform verhindert den Mangel nicht. Sie organisiert seine staatliche Bewirtschaftung.

Die Sicherheitsplattform Strom (SiPlaS) wurde vielfach als normale Krisenvorsorge eingeordnet. Die aktuellen Forderungen des Übertragungsnetzbetreibers Amprion nach gesetzlich verankerten Kontingenten für Netzanschlüsse machen jedoch deutlich, dass es längst um mehr geht. Statt die Voraussetzungen für eine jederzeit sichere Energieversorgung zu schaffen, werden zunehmend Instrumente diskutiert, mit denen knappe Energie und Netzkapazitäten verwaltet, priorisiert und zugeteilt werden.

„Eine Industrienation darf sich nicht darauf konzentrieren, Strommangel möglichst effizient zu verwalten. Ihre staatliche Kernaufgabe ist es, für eine jederzeit sichere und ausreichende Energieversorgung zu sorgen.“

Andrea Thoma-Böck, Präsidentin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e. V.

Unternehmen tragen das wirtschaftliche Risiko

Besonders kritisch bewertet die IZW die wirtschaftlichen Folgen angeordneter Produktionsreduzierungen.

In einer dokumentierten Auskunft zur Sicherheitsplattform Strom vertritt die Bundesnetzagentur die Auffassung, dass das Energiesicherungsgesetz für angeordnete Produktionsreduzierungen grundsätzlich keine Entschädigung vorsieht. Das Untersagen der Produktion werde nicht als Enteignung eingeordnet und sei daher grundsätzlich nicht schadensersatzfähig.

„Damit werden die Folgen einer gesamtstaatlichen Mangellage auf die Unternehmen verlagert. Der Staat verteilt den Mangel, die wirtschaftlichen Schäden tragen die Betriebe. Aus einem Systemrisiko wird ein Bilanzrisiko der Unternehmen.“

Die energiepolitische Fehlentwicklung

Die Kritik der IZW richtet sich ausdrücklich nicht gegen Krisenvorsorge. Sie richtet sich gegen die energiepolitische Entwicklung, die einen solchen Mechanismus wahrscheinlicher im Eintreten macht.

Deutschland hat erhebliche gesicherte und steuerbare Kraftwerksleistung stillgelegt, zugleich den Ausbau wetterabhängiger Erzeugung massiv vorangetrieben und verfolgt eine weitgehende Elektrifizierung von Industrie, Wärme und Mobilität. Hinzu kommen wachsende Anforderungen durch Digitalisierung, Rechenzentren und Künstliche Intelligenz. Neue gesicherte Erzeugungskapazitäten wurden jedoch nicht rechtzeitig und nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt. Amprion warnt zugleich, dass der marktseitige Versorgungssicherheitsstandard im Mittel der betrachteten Szenarien bereits ab 2028 nicht mehr eingehalten wird. Bis 2035 werden knapp 40 Gigawatt zusätzliche Kraftwerkskapazität benötigt, um den Standard zu halten.

„Wenn man ein Drehbuch für Wohlstandsvernichtung und Deindustrialisierung schreiben wollte, sähe es genau so aus.“

Von der Krisenvorsorge zur Planwirtschaft

Mit der Sicherheitsplattform Strom (SiPlaS) und der aktuellen Forderung des Übertragungsnetzbetreibers Amprion nach gesetzlich verankerten Kontingenten für Netzanschlüsse wird die Richtung unübersehbar: Statt die Voraussetzungen für eine jederzeit sichere Energieversorgung und ausreichende Netzinfrastruktur zu schaffen, sollen knappe Kapazitäten verwaltet, priorisiert und zugeteilt werden. Staatlich verwaltete Energieknappheit kennt man aus Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht von einer der führenden Industrienationen der Welt. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist das ein Offenbarungseid.

„Die Aufgabe des Staates ist es nicht, Energieknappheit zu organisieren. Seine Aufgabe ist es, sie zu verhindern. Unternehmen können weder nach Wind und Sonne noch auf Anordnung von Behörden oder Netzbetreibern produzieren. Wenn der Staat darüber entscheidet, wer einen Netzanschluss erhält und wer im Mangelfall noch produzieren darf, ist das Planwirtschaft. Wer einer Industrienation Energie und Infrastruktur nur noch zuteilt, macht nicht nur in einzelnen Betrieben das Licht aus - er nimmt dem gesamten Industriestandort seine Grundlage.“

Ein toxisches Signal nach innen und nach außen

Die Signalwirkung dieser Entwicklung reicht nach Auffassung der IZW weit über die Energiepolitik hinaus.

„Sie ist ein toxisches Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland, nach innen wie nach außen. Der Strompreis ist das eine. Die Verfügbarkeit ist das andere. Für Unternehmen im Inland ebenso wie für internationale Investoren zählt die Gewissheit, jederzeit produzieren und liefern zu können. Wer diese Gewissheit nicht bieten kann, verliert Investitionen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze.“

Versorgungssicherheit muss wieder Vorrang haben

Die IZW fordert deshalb einen grundlegenden Kurswechsel. Versorgungssicherheit müsse wieder oberste Priorität staatlicher Daseinsvorsorge sein. Kein weiteres steuerbares Kraftwerk dürfe endgültig stillgelegt werden, bevor gleichwertiger Ersatz tatsächlich gebaut, angeschlossen und betriebsbereit sei.

Die aktuellen Entwicklungen lassen nur einen verantwortbaren Schluss zu: Der weitere Kohleausstieg muss so lange ausgesetzt werden, bis ausreichend gesicherte Erzeugungskapazitäten tatsächlich gebaut, angeschlossen und betriebsbereit sind. Wer gleichzeitig Strommangellagen organisatorisch vorbereitet, verpflichtende Lastreduzierungen vorsieht und gesetzlich verankerte Kontingente für Netzanschlüsse fordert, liefert selbst den Nachweis, dass auf die bestehenden Kraftwerkskapazitäten derzeit nicht verzichtet werden kann. Ideologische Denkverbote darf es nicht mehr geben. Alle Optionen müssen auf den Tisch.

Jetzt ist die Wirtschaft gefordert

Die IZW appelliert an Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Kammern und Gewerkschaften, dieser Entwicklung jetzt entschieden entgegenzutreten.

Es reicht nicht mehr, steigende Strompreise, Investitionsrückgänge, Produktionsverlagerungen und Insolvenzen zu beklagen. Wer zu einer Entwicklung schweigt, die den Industriestandort zunehmend schwächt, darf sich morgen über weitere Investitionsrückgänge, Deindustrialisierung und den Verlust von Arbeitsplätzen nicht beklagen. Nicht die Symptome müssen bekämpft werden, sondern die Ursachen.

„Energie ist das Lebenselixier jeder Volkswirtschaft. Jede industrielle Revolution war eine Energierevolution. Wer den Zugang zu Energie begrenzt, begrenzt Innovation, industrielle Wertschöpfung und wirtschaftliches Wachstum.“

„Energieknappheit als dauerhaftes Betriebsmodell kennt man aus Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht aus einer führenden Industrienation. Deutschland darf sich nicht daran gewöhnen, Mangel zu verwalten. Erst Ersatz schaffen. Dann abschalten. Nicht umgekehrt.“

Die vollständige Kurz- und Langfassung der IZW-Stellungnahme wird unter www.zukunft-wirtschaft.de veröffentlicht.